

Staatsvertrag . . .

Fortsetzung von Seite 3

anspruchnahme als Geldbewilliger so informiert sein, daß wir auch unsere Empfehlungen noch zur Zeit aussprechen können."

Günther Einert (SPD) betonte das Ja der SPD zur Verlängerung des Vertrages. Es gebe eine übereinstimmende Auffassung aller Parteien und der Landesregierung in dieser Frage. Er fügte hinzu, gerade in einer Zeit, da vor allem mit den „Bonner Kollegen“ über Mischfinanzierung, Gemeinschaftsaufgaben und andere Dinge gestritten werde, gehöre für ihn der Wissenschaftsrat sowie Inhalt und Geist dieses Vertrages zu dem, was man als föderale Klammer der Bundesländer untereinander ausdrücken könne. Das Verhältnis Bund-Länder und die Länderpolitik riefen in der Öffentlichkeit dazu auf, solche Gemeinsamkeiten und solche gemeinsamen Einrichtungen zu bilden und auch zu fördern. „Im Gegensatz dazu darf ich ein negatives Beispiel sagen, das auch in der Öffentlichkeit in zunehmendem Maß auf Unverständnis stößt, nämlich den Streit der Kultusminister um die Frage der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen der Schulen.“ Einert wünschte im Namen seiner Fraktion, daß der Wissenschaftsrat stärker auf Fragen der Verzahnung von Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen eingehe.

Ausländer in Duisburg: Belastungsgrenze erreicht

Mit einem türkischen Bevölkerungsanteil von 7,6 Prozent (47 100 türkische Mitbürger) ist auch in Duisburg die Belastungsgrenze erreicht. Die Situation ähnele der in Berlin, erklärten Duisburger Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Berlins SPD hatte sich für eine Zugangssperre für Türken ausgesprochen. In Duisburg wird zwar noch keine Abschottung gegen Härtefälle, speziell Familienzusammenführungen, gewünscht, aber es wird auf die über 14 000 Arbeitslosen in der Stadt verwiesen, die Anlaß zu Umdenkungsprozessen seien.

Terminvorschau

vom 15. bis 20. Dezember 1980

Montag, 15. 12.

Vorstandssitzung der SPD

Sportausschuß

Situation des Sports an Hochschulen
Haushaltsgesetz 1981

Dienstag, 16. 12.

Fraktionssitzungen der SPD und der CDU

Mittwoch, 17. 12.

Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform

Verordnungsentwürfe

Plenum (Beginn: 10.00 Uhr)

Porträt der Woche



Antonius Rüsenberg (CDU)

Ein bequemer „Ja-Sager“ in seiner Fraktion wird er nicht sein, der 37jährige Sozialarbeiter aus dem westfälischen Städtchen Steinheim. Er ist der erste aus seinem Geburtsort, der den Sprung in den Landtag geschafft hat. Als Direktkandidat – sozusagen auf Anhieb – und mit einem respektablem Ergebnis von 62 Prozent. Das gibt Selbstbewußtsein und wird von ihm selbst als die Krönung einer politischen Familientradition empfunden. Schließlich war der Großvater bereits erster Nachkriegsbürgermeister von Steinheim und der Vater Amtsvertreter.

Die zehnjährigen Berufserfahrungen des gelernten Landmaschinenschlossers, der dann noch vier weitere Lehr- und Studienjahre in Bad Honnef und Köln zulegte, um Sozialarbeiter bei der Kreisverwaltung im westfälischen Höxter zu werden, haben ihn geformt. Sie haben den Sohn eines Tischlers aber auch gelehrt, daß nicht nur an der Hobelbank Späne fallen, wenn es zur Sache geht. Diese Erfahrungen haben ihn frei bleiben lassen von jenen theoretischen Doktrinen, mit denen sich so viele Jungparlamentarier zu plagen haben, die von der Hochschule ohne jegliche Berufserfahrung sofort ins politische Geschäft gesprungen sind.

Antonius Rüsenberg weiß was er will und vermag es auch ohne Umschweife zu formulieren. Er hat, vor allem in seinen sozialpolitischen Berufsjahren, gelernt zuzuhören und sich in die Lage anderer zu versetzen, selbst wenn es sich dabei um eine „Schief-Lage“ handelt. Er kann aber auch diskutieren und argumentieren, beides wichtige Eigenschaften für Politiker, die leider so vielen Parlamentariern für alle politischen Ebenen, gerade auch in der Landespolitik, fehlen oder abhanden gekommen sind. Den Menschen zu helfen, war sein selbstgewählter – erst nach einer sicherlich nicht leichten Kurskorrektur erreichter – Beruf, Politik sein Hobby. Jetzt – da er Hobby und Beruf vertauscht hat – wird er erleben, wie schwer es Politiker auf Landesebene haben, auch Menschen unmittelbar zu helfen. Der Sozialarbeiter Rüsenberg war für den einzelnen da, vor allem für junge Menschen, die sich in den Fallstricken von Alkohol und Dro-

gen, von Labilität und Kriminalität verfangen hatten. Der „Gesetzgeber“ Rüsenberg soll, zusammen mit 200 weiteren Parlamentariern, Spielregeln für rund 17 Millionen Landesbewohner festlegen. Ein Dilemma, an dem schon so mancher Parlamentarier innerlich zerbrochen ist. Rüsenberg, zugleich ein engagierter Familienpolitiker, scheint dagegen gewappnet zu sein. Seine Tätigkeit im Petitionsausschuß läßt ihn das Erfolgserlebnis, auch im einzelnen helfen zu können, nicht ganz vermissen. Seine Familie – Frau Mechthild und seine beiden Söhne Michael und Stefan – und sein wacher Blick für die Realitäten des Lebens werden ihn davor bewahren, der Hybris junger Landespolitiker zu erliegen. Die Enttäuschungen über „Rückfällige“, die keinem Sozialarbeiter erspart bleiben, sollten ihn vor der Frustration vieler Oppositionspolitiker bewahren. Rüsenbergs Partei-Karriere in der „Jungen Union“ und der CDU von Steinheim und des Kreises Höxter wird später im Landtagshandbuch nachzulesen sein, ebenso wie etwa seine Tätigkeit in der katholischen Arbeiterbewegung oder bei den Kolpingsöhnen. Für den Politiker Rüsenberg hat sie ihr Gewicht. Auf der parlamentarischen Waage werden menschliche und berufliche Erfahrungen und ihr Umsetzen in praktische Politik stärker ins Gewicht fallen, aber auch Standvermögen und Zivilcourage! Und noch eines zeichnet den jungen CDU-Abgeordneten aus Westfalen aus. Er läßt sich innerhalb seiner Partei und Fraktion weder als links noch als rechts einordnen. Ihm geht es um die Sache und nicht darum, ob ein „evangelischer Brillenträger aus Westfalen“ oder ein „katholischer Kolpingbruder aus dem Rheinland“ die Meinung der CDU vertritt.

Karl Fischer